

In eigener Sache

Und erstens kommt es anders und zweitens als man denkt! Eingedenk dieses Grundprinzips von Planung musste auch der Kreisvorstand sein Projekt „Umwandlung der linken Quartalszeitschrift Links der Neiße zu einer Mitglieder-Information“ deutlich früher starten als ursprünglich beschlossen. Die vorliegende erste Ausgabe ist also wieder ein „Schnellschuss“, der sicherlich Verbesserungen verträgt, aber der das Ziel der Umwandlung dennoch klar erkennen lässt. Das neue Mitgliederinformationsblatt mit dem guten alten Namen „Links der Neiße“ (LdN) richtet sich ausschließlich an unsere Genoss*innen im Landkreis Görlitz und will die Arbeit des Kreisvorstandes sowie Beschlüsse des Kreisparteitages transparenter machen. Mit dieser Neuausrichtung soll der kontinuierlich zurückgehenden Auflagenhöhe und einem steigenden alternativen Informationsbedürfnis begegnet werden. Wo unsere älteren Genossinnen und Genossen noch gern Papier in den Händen halten, erreichen wir jüngere Mitglieder eher über digitale Medien. Beide Systeme parallel zu bedienen, wurde mit der Zeit immer aufwändiger und teurer. Außerdem: Die geradezu heldenhaften Bemühungen des letzten Redaktionsteams um Heike Krahl, Sabine Kunze und Winfried Bruns, den Leser*innenkreis über die Parteimitgliedschaft hinaus zu erweitern, zeitigten keine Erfolge, Zuarbeiten und Leserbriefe fehlen nach wie vor. Zuletzt führte die Aufgabenüberlastung des verantwortlichen Redakteurs wiederholt zu Termenschwierigkeiten bei Satz und Druck. Zudem erfolgte die Herstellung der LdN weiter nicht kostendeckend.

Das alles veranlasste den Kreisvorstand, Mitte Oktober vorzeitig „die Reißleine“ zu ziehen. Die neue „LdN“ wird nun vor Ort in unseren Geschäftsstellen auf Vorlagenblätter kopiert und bedarfsgerecht an Mitglieder verteilt. Dadurch sparen wir bereits Kosten für den externen Druck, die geringere Auflage und sind gleichzeitig flexibler in der Erarbeitung. Die inhaltliche Verantwortung trägt allein der Kreisvorstand als „kollektives Redaktionsteam“. Zusätzlich erhoffen wir uns finanzielle Synergien dadurch, dass Dokumente und Beschlüsse von Kreisparteitagen, Gesamtmitglieder- oder Vertreter*innenversammlungen, die in der Vergangenheit mit zusätzlichen kostenintensiven Mitgliederbriefen verschickt wurden, nun im Informationsblatt veröffentlicht werden. Das heißt auch: Die neue „LdN“ soll wie in der Vergangenheit vierteljährlich erscheinen. Wann genau sie im Quartal erscheint, das hängt allerdings auch davon ab, wann z.B. ein Kreisparteitag oder eine Vertreter*innenversammlung zusammentritt.

Zuletzt: Die neue LdN ist keine Zeitung im klassischen Sinne mehr. Bestimmte Rubriken entfallen genauso wie farbige Bilder. Das mag man bedauern. Aber unser Kreisverband leistet sich mit dieser Form der LdN als einer von wenigen linken Gebietsverbänden überhaupt noch ein gesondertes Informationsblatt. Und: Wen es trotzdem „in den Fingern juckt“, der kann uns gerne weiter Leserbriefe zusenden. Noch lieber nehmen wir Berichte aus Kommunalparlamenten entgegen. Insofern bewahren wir das Gute aus der Vergangenheit, aber bewältigen auch Wandel.

Solidarische Grüße Kathrin Kagelmann

Inhalt:

- S.1 In eigener Sache (K. Kagelmann)
- S.2-3 Bericht aus dem Landtag
- S.4-7 Rede des Parteivorsitzenden vom Landesparteitag
- S.8 DIE LINKE. im Kreistag
- S.9 Leserbrief von Sabine Kunze
- und Sozialberatung in Weißwasser
- S.10 Nachruf Ilja Seifert

Termine:

16.12.2023 18:00 Uhr
Lesung mit Andreas Kemper im Camillo (Handwerk 13 Görlitz)

14.01.2023
Klausur des KV.

11.03.2023
Kreisparteitag (GMV) DIE LINKE. Görlitz

16.03.2023
Gemeinsame Tagung der Kreisvorstände Bautzen und Görlitz

Impressum

Herausgeber:
Die LINKE. im Landkreis Görlitz, Kreisvorstand

Adresse:
Geschäftsstelle
Rosa-Luxemburg-Str.17
02943 Weißwasser

Tel.: 03576 216 28 93

Auflage: 450 Stück

Spendenempfehlung:
1,00€



Linksfraktion diskutiert über besseren Bevölkerungsschutz. Öffentliche Fachveranstaltung am 3. November im Landtag.

Mirko Schultze, Sprecher für Feuerwehr und Katastrophenschutz, moderiert die Fachdebatte.

Brandamtsrätin Anja Weigel, Leiterin der Feuerwehr Görlitz, referiert zum Thema „Gleichstellung in Sächsischen Feuerwehren – Einblicke & Ausblicke auf eine inklusive, geschlechtergerechte gestaltete Feuerwehr in Sachsen“. Ein zweiter Impulsvortrag kommt von Andreas Heinrich,

Landessprecher für Sachsen des Technischen Hilfswerks Sachsen-Thüringen. Er spricht zum Thema „Wie eine eingespielte Kooperation gelingen kann“. Ziel der Veranstaltung ist es auch, das geplante „Bevölkerungsschutzkonzept“ der Linksfraktion weiter zu qualifizieren und die bevorstehende Novelle der Staatsregierung zum Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz mit der Fachwelt und insbesondere mit Ehrenamtlichen des Katastrophenschutzes zu diskutieren.

Hintergrund sind verschiedene parlamentarische Initiativen der Linksfraktion:

- Antrag „Einfach Sirenen aufs Dach“: Funktionierende, flächendeckend verfügbare Sirenen-Infrastruktur sicherstellen - Menschenleben retten!

(Drucksache 7/4894)

- Antrag „Handlungs- und Finanzierungsbedarf für einen zeitgemäßen Zivilschutz feststellen: ‚Zivil- und Bevölkerungsschutzkonzept Sachsen‘ vorlegen!“ (Drs. 7/9436)

- Große Anfrage: „Bestandsaufnahme zur Situation der Feuerwehren im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 7/10322)

Was alle brauchen, muss für alle bezahlbar sein. Staatliche Preisaufsicht für Energie, Lebensmittel und Co. schaffen

Die Linksfraktion fordert die Staatsregierung auf, sich auf der Bundesebene für bundeseinheitliche staatliche Preiskontrollen und eine effiziente Preisaufsicht für Lebensmittel, Waren des täglichen Grundbedarfs, Strom und Energie, Wärme und Fernwärme sowie Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe einzusetzen (Drucksache 7/11124).

„Was alle brauchen, muss für alle bezahlbar sein – insbesondere in Krisenzeiten soll niemand auf Unverzichtbares verzichten müssen. Das wäre gerecht. Seitdem die russische Führung ihren Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen hat, sind die Lebensmittel, Waren des täglichen Grundbedarfs, Strom, Energie, Wärme sowie Brenn-, Heiz- und Kraftstoffe bei uns nochmal deutlich teurer geworden. Das wiegt zwar wenig im Vergleich mit dem Leid, das die ukrainische Zivilbevölkerung erleidet. Jedoch sind die horrenden Preiserhöhungen ein riesiges Problem für breite Bevölkerungsschichten, und sie drohen die hiesige Wirtschaft und mithin die Leistungsfähigkeit unseres Landes abzuwürgen.“

Die Krisen der letzten Jahre zeigen uns immer deutlicher: ‚Der Markt‘ regelt es immer weniger. Der Staat muss ebenso maßvoll wie wirkungsvoll eingreifen, um ein für alle langfristig bezahlbares Leben als Grundbedingung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu ermöglichen. Die Preise für unverzichtbare Waren müssen staatlich kontrolliert werden! Es darf eben nicht länger sein, dass marktbeherrschende Konzerne und Unternehmen sowie Finanzspekulant*innen an der Börse einerseits über maximale Preissteigerungen fette Profite einstreichen.“

Mirko Schultze

Bericht aus dem Landtag. Von Strukturwandel bis Agrarpolitik.

In den letzten Wochen und Monaten wurde der letzte große Pflock des Strukturwandels in der Lausitz eingeschlagen: Die Ansiedlung des Großforschungszentrums. Die Stadt Görlitz ist der große Gewinner im Strukturwandel: 25% der Strukturhilfen fließen in die Landkreishauptstadt. Mit der Entscheidung für die Ansiedlung des Großforschungszentrums in Görlitz werden dort noch weitere Infrastrukturmaßnahmen vorgenommen werden müssen und weitere Gelder nach Görlitz fließen. Einmal mehr eine verpasste Chance, Forschung und Lehre zu dezentralisieren und auch kleinere Städte wie Weißwasser oder Hoyerswerda als Ableger von Hochschulstandorten und für Zukunftstechnologien zu entwickeln. MdB Caren Lay und ich hatten uns für das LAB (das Lausitz Art of Building) ausgesprochen - nicht nur, weil damit ein zentrales Wirtschaftsfeld - das Bauen - einen großen Schwung für weniger Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen bekommen hätte, sondern auch weil die lokale Wirtschaft davon direkter und unmittelbarer hätte profitieren können.

Worauf wir uns im Rahmen des Strukturwandels weiterhin konzentrieren ist allgemein das Thema Beteiligung der Bevölkerung: informieren, befragen, mitgestalten lassen. Ganz besonders am Herzen liegt uns vor allem die Jugendbeteiligung. Dazu haben wir neulich auf unseren Antrag eine Anhörung im Regionalausschuss durchgeführt und wir haben eine Schülerin aus Weißwasser als Sachverständige eingeladen. Lena sagt: 1. Wir wollen besser über aktuelle Strukturwandelprozesse informiert werden. 2. Wir benötigen eine echte Perspektive, für die es sich lohnt, am Strukturwandel in den Kohleregionen mitzuarbeiten. 3. Wir benötigen klarere Strukturen, auf denen wir unser Engagement aufbauen können. Und dafür werden wir uns als Linksfraktion weiter einsetzen!

Schließlich habe ich in den letzten Monaten das Themengebiet Agrarpolitik wieder stärker in meinen Fokus gerückt. Mit Genoss*innen aus dem Vogtland haben wir Anfang November eine Gesprächsrunde mit lokalen Landwirten durchgeführt und wollen helfen, ein Management für Regionalvermarktung aufzubauen. Im Erzgebirge habe ich einen Milchviehbetrieb mit Hofladen besucht. Hier ging es vor allem um die Bürokratie für Kleinbetriebe, die ihnen das Leben schwer macht. Diskutiert wurde auch mit einem Weiderindhalter, wie hofnahe Schlachtung ermöglicht werden kann. Gesprächsrunden mit Genoss:innen und für die Öffentlichkeit fanden auch in Großenhain und Kamenz statt. Themen waren u.a. die zunehmenden Konflikte mit Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen. Einerseits werden jetzt schon 13% der landwirtschaftlichen Flächen für Energiepflanzen verwendet - würde man dafür Solaranlagen installieren, wäre das Energieproduktionsproblem in Deutschland gelöst! Andererseits verliert man durch Freiflächenanlagen weitere landwirtschaftliche Flächen. Um hier regulierend einzugreifen und wertvollen Acker zu erhalten, haben wir einen Antrag in den Landtag eingebracht. Schließlich habe ich mich wie jedes Jahr mit dem Oberlausitzer Bauernverband getroffen, der uns berichtete, dass dieses Erntejahr in unserer Region verhältnismäßig gut ausgefallen ist!

Außerdem treibt mein Team und mich der Anbau und die Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen in der Lausitz um. Wusstet ihr, dass in der Hochschule Zittau über das LaNDER³-Projekt Maschinen entwickelt worden sind, mit denen man aus Pflanzen z.B. Kunstleder herstellen kann oder Verkleidung und Verpackung aus naturfaserverstärkten Kunststoffen, bei denen die verwendeten Materialien im Kreislauf bleiben? Diese Technologie und das Know-How müssen unbedingt in die Anwendung gebracht werden - auch dazu haben wir einen Antrag entwickelt. Denn so stellen wir uns eine nachhaltige Entwicklung für die Lausitz vor: aus Rohstoffen, die hier wachsen, mit Unternehmen, die hier sind und Forschung, die hier stattfindet eine moderne, nachhaltige Wirtschaft entwickeln!

Antonia Mertsching

3. Tagung 16. LPT Sachsen am 5.11. in Löbau Rede Parteivorsitzender – Martin Schirdewan

Seite:4/10

Wir haben es mit einer unglaublich massiven gesellschaftlichen Krise zu tun, einerseits, weil Krieg in Europa herrscht, und gleichzeitig aber auch unsere Partei eine sehr krisenhafte Situation durchlebt.

Fundamentale Krise der Demokratie in Europa

In Italien reagiert eine neofaschistische Partei. 100 Jahre, nachdem mit Mussolini der erste Faschist in Europa an die Macht gekommen ist, ergreift eine erklärte Anhängerin Mussolinis wieder die Macht. In Schweden, Ungarn, Polen sind weitere rechte Regierungen an der Macht. Wir haben es mit einer fundamentalen Krise der Demokratie in Europa zu tun. Die politische Rechte erstarkt und hofft auf einen neuen Faschismus in Europa. Wenn ihr euch die Reden führender Politiker der AfD, aber auch der Freien Sachsen anhört, dann hofft die Rechte auch auf einen neuen Faschismus in Deutschland. Antifaschismus liegt in unserer DNA ohne Wenn und Aber und in Richtung Italien senden wir ein klares Bekenntnis „Siamo tutti antifascisti!“ (Wir sind alle Antifaschisten.) Aber wir müssen uns fragen, worin die Ursachen des Erstarkens dieser politischen Kräfte liegen. Die Krise des sozialen Zusammenhalts, die Krise der Demokratie, die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge, der Abbau sozialer Sicherungssysteme, kurz 30 Jahre Neoliberalismus, haben die Gesellschaften in ihrem innersten Zusammenhalt entkernt, Gewerkschaften geschwächt, die Ungleichheit in unserer Gesellschaft in extreme Dimensionen getrieben. Die fünf reichsten Familien in Deutschland verfügen über ein Vermögen, wie auf der anderen Seite die untere Hälfte der gesamten Bevölkerung. Dieser schreienden Ungerechtigkeit setzen wir unsere Entschlossenheit entgegen, Ungleichheit, Armut und Hunger in diesem Land zu bekämpfen! Schluss mit der Politik für Konzerne und Superreiche!

Klimaschutz ist Klassenfrage

Das reichste 1 % der Menschheit schädigt das Klima doppelt so stark wie die gesamte ärmere Hälfte der Menschheit zusammen. Der ökologische Fußabdruck der Reichen führt direkt in die Klimakatastrophe. Deshalb muss eine moderne Linke natürlich die soziale Frage mit der ökologischen verbinden. Klimaschutz ist eine Klassenfrage, er ist aber auch eine gewaltige gesellschaftliche Herausforderung. Es ist unser Job, den Menschen in den betroffenen Regionen Perspektiven aufzuzeigen. Ich war neulich auf einer Kundgebung bei der Raffinerie PCK Schwedt: 1000 Leute haben dort zum Ausdruck gebracht, wie verzweifelt sie sind, weil sie einfach keine Perspektive sehen für sich, für ihre Region, und gleichzeitig natürlich das Bewusstsein haben, dass sie den Ausstieg aus dem Öl finden müssen. Die Wut, die dort herrscht, die Enttäuschung, die an herrschende Politik adressiert wird, das war so bewegend. Es war so greifbar, wie verzweifelt die Menschen sind, obwohl sie wissen, welchen gesellschaftlichen Weg wir einschlagen müssen im Sinne einer Energie-wende und ihnen gleichzeitig die Lebensgrundlagen genommen werden. Es zeugt von einer solchen Unverschämtheit dieser Bundesregierung und einer solchen Unkenntnis der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland, mit einer solchen Ignoranz zu agieren, das bringt mich wirklich „auf die Palme“! Deshalb ist es auch unsere Aufgabe, an die Menschen nicht nur in Schwedt, sondern an alle vom notwendigen sozial-ökologischen Umbau betroffenen Regionen, an die Klimabewegung und an die Gewerkschaften gleichermaßen eine politische Einladung auszusenden, dass wir mit ihnen gemeinsam den Kampf um die Zukunft in den Regionen führen wollen.

Trotz Druck - Linke beharrt auf Primat der Diplomatie zur Beendigung des Krieges Seite:5/10

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hat schon unzählige unschuldige Menschenleben gekostet. Dieser verdamnte Krieg muss endlich und so schnell wie möglich zu einem Ende kommen. Dafür muss es natürlich Friedensgespräche geben. Und ja, dafür muss es diplomatische Initiativen auf allen Ebenen geben. Wir als Linke, als Friedenspartei, beharren auf dem Primat der Diplomatie, auch wenn viele andere politische Parteien sich offensichtlich dem Primat des Krieges zugewandt haben.

Bei meiner jüngsten Rede im europäischen Parlament wandte ich mich an Frau von der Leyen: „Sie sind nicht mehr die deutsche Verteidigungsministerin, Sie sind die Präsidentin der Europäischen Kommission. Machen Sie doch mal etwas anderes, als ständig nur über Waffenlieferungen zu reden und über neue Sanktionspakete, fangen Sie doch mal an, über europäische Diplomatie zu reden, um diesen Konflikt zu beenden.“ Und da sitzt da eine grüne Abgeordnete und schreit mir alles entgegen, was derzeit Menschen zu hören bekommen, die sich in dieser Gesellschaft für Frieden einsetzen, all diese absurden Vorwürfe. Auch unter diesem Druck lassen wir uns als Linke nicht einreden, von der Idee des Friedens Abstand zu nehmen. Wir werden weiter für Diplomatie werben, ohne dabei Ursache und Wirkung zu verdrehen. Russland ist in diesem Krieg der Aggressor. Unsere Solidarität gilt zuvorderst der Zivilbevölkerung in der Ukraine, die das angegriffene Land ist. Und den-noch müssen wir uns fragen, wie ein Weg zum Frieden aussehen kann.

Olaf Scholz war in China und er hat eine Chance vertan, sich z.B. für eine gemeinsame europäisch-chinesische Friedensinitiative auszusprechen. Dabei kann es natürlich keinen Diktatfrieden für die Ukraine geben. Das verlangt keiner. Natürlich muss auch dem Aggressor Russland eine klare Perspektive aufgezeigt werden in solchen Verhandlungen, dass z.B. bei der Einstellung der Kampfhandlungen, beim Abzug der russischen Truppen aus der Ukraine, bei der Beachtung der UN-Resolutionen eine Aufhebung der Sanktionen erfolgt und eine Rückkehr zu einem partnerschaftlichen Verhältnis wieder möglich wird. Langfristig muss ein Friedensprozess in Gang gesetzt werden, in dem auch begangene Kriegsverbrechen aufgearbeitet werden und in dem ein Dialog aller relevanten Akteure stattfindet über Fragen von Abrüstung, die Anerkennung wechselseitiger Sicherheitsinteressen und z.B. auch über einen wirtschaftlich-technologischen Austausch, um wieder Vertrauen zu schaffen. Das wäre ein konkreter Vorschlag für einen Weg zum Frieden.

Wir werden in unserem Bemühen um eine Friedensordnung nicht innehalten. Das gilt für Ukrainer*innen ebenso wie für Kurd*innen oder die Menschen im Jemen. Völkerrecht und Menschenrecht sind universal. Doppelstandards haben vielleicht im grün geführten Außenministerium Platz, aber nicht hier bei uns.

Selbstbeschäftigung und Besserwisserei beenden – Die Linke sind wir alle!

An alle, die uns abschreiben wollen: Wir kämpfen immer dann am besten, wenn wir mit dem Rücken zur Wand stehen. Die jüngsten Wahlergebnisse sind Ausdruck unseres krisenhaften Zustandes. Auch wenn der Frust bei manchen unserer Mitglieder tief sitzt und einige sich vielleicht sogar fragen, ob sie weiter aktiv Politik in der Partei machen wollen: Bitte bleibt und bleibt aktiv. Wir brauchen euch. Die Linke braucht euch und die Menschen in Sachsen brauchen eure politische Leidenschaft und euer politisches Engagement. Wir haben gemeinsam als Bundes- und Landespartei Arbeit zu leisten. Wir müssen unsere Ansprache an die Wählerinnen und Wähler verbessern. Wir müssen wieder lernen, die Vielfalt in der Partei und in unserer Anhängerschaft zu akzeptieren und nicht gegeneinander zu wenden. Wir müssen die Menschen wieder besser erreichen, indem wir sie noch mehr aufsuchen, ihnen noch mehr zuhören, noch mehr in den direkten Austausch treten. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, das Profil unserer Partei wieder zu schärfen.

Unsere Vision ist nicht nur eine Gesellschaft frei von Armut, frei von Hunger, frei von Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Unsere Vision beinhaltet ein gutes Leben für alle. Wir sind die einzige Partei in Deutschland, die die Herrschaft des Kapitals über unser Leben und unsere Gesellschaft in Frage stellt und ablehnt. Die Voraussetzung dafür, dass wir unsere politische Aufgabe erfolgreich meistern können, liegt darin, dass in der Partei wieder Respekt gegenüber demokratischen Entscheidungsprozessen und Entscheidungen hergestellt wird, dass wir unsere Selbstbeschäftigung, die Besserwisserei, die öffentlichen Angriffe überwinden und vom Krisenmodus in den Aufbruch und in den politischen Angriffsmodus schalten. Und übrigens, das ist mir sehr wichtig, öffentliche Spekulationen über eventuelle Neugründungen sind vieles, aber ganz sicher kein Beitrag zu gelingender Parteiarbeit. Diese Form der öffentlichen Kommunikation verunsichert viele Mitglieder in der Partei, viele unserer Anhänger. Das schadet uns. Unsere Partei Die LINKE sind wir alle. Die Grundlage für unsere Zusammenarbeit ist unser Parteiprogramm. Klar kann man die ein oder andere Stelle weiterentwickeln. Die Zeit steht nicht still. Aber wir werden immer eine plurale Partei sein, in der es auch unterschiedliche Positionen geben kann. Pluralismus bedeutet jedoch nicht Beliebigkeit. Ich lade alle in der Partei ein, diesen Weg mit uns gemeinsam auf der Grundlage unserer Programmatik zu gehen und die Linke zu stärken, denn die Menschen in diesem Land brauchen eine starke Linke.

14 Mio. Menschen von Armut unmittelbar betroffen

2 Mio. Menschen ernähren sich in diesem reichen Land mit Hilfe der Tafeln. 14 Mio. Menschen sind von Armut bedroht oder unmittelbar betroffen. Ein Viertel der Alleinerziehenden in Deutschland lebt in Armut und hinter jeder dieser Zahlen steht eine konkrete Geschichte, wie z. B. die der Mutter, die nicht zur Schulaufführung ihres Kindes fahren kann, weil sie sich schlicht nicht den Fahrschein leisten kann. Armut aus Kinderperspektive heißt auch keinen Weihnachtsbaum zu haben, kein Haustier, kein Spielzeug, kein Lego, keine Puppe. Armut bedeutet aber auch Krankheit und Isolation. Es ist unsere Aufgabe, das zu ändern. Es ist unser Auftrag, den Interessen der Mehrheit der Menschen in diesem Land Gehör zu verschaffen und ihre Sorgen, ihre Nöte und ihre realen Probleme aufzugreifen und in linke Politik umzuwandeln.

Nahrungsmittelspekulation verbieten - Strom-/ Gas- und Mietendeckel jetzt!

Viele Menschen in diesem Land ächzen unter den hohen Preisen. Sie wissen noch immer nicht genau, wie sie durch den bevorstehenden Winter kommen sollen. Lebensmittel sind im letzten Jahr im Schnitt um 19 % angestiegen. Der Hartz-IV-Regelsatz sieht aktuell für Nahrungsmittel 5,19 Euro am Tag vor, während der Döner bei mir um die Ecke allein schon 6,50 Euro kostet. Butter, Obst, Gemüse, Brot und Nudeln werden immer teurer und noch immer wird an den Nahrungsmittelbörsen mit Lebensmitteln spekuliert. Das ist unerträglich.

Nahrungsmittelspekulation muss endlich verboten werden. Mieter*innen sehen bange der Zeit entgegen: Vor allem Mieter*innen mit Index-Mietverträgen, also den Mietverträgen, die sich an der Inflationsentwicklung orientieren, aber auch solche mit hohen Nebenkostenabrechnungen sehen in den kommenden Jahren der Gefahr entgegen, aus ihrem gewohnten Lebensumfeld gerissen zu werden, weil die Mieten immer weiter steigen. Und warum? Weil es noch immer keinen Mietestopp gibt. Deshalb bleiben wir bei unserer Forderung: Wir brauchen einen bundesweiten Mietendeckel jetzt!

Wir brauchen auch einen Strom- und Gaspreisdeckel so schnell wie möglich. Wenn es technische Probleme bei der Umsetzung gibt, muss es die eindeutige Ansage geben, dass bis dahin die Abschlagszahlungen übernommen werden für private Haushalte, für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen und für die soziale Infrastruktur in diesem Land, damit die Menschen im Winter eben nicht frieren oder im Dunkeln sitzen müssen und damit die Jugendklubs und Frauenhäuser weiter offenbleiben und damit die Sportvereine ihren Betrieb aufrechterhalten können.

Heißer Herbst zwingt Bundesregierung zu Korrekturen

Wir sind ja heftig in der Öffentlichkeit kritisiert worden für unseren Heißen Herbst. Das ist doch eine Unverschämtheit, diejenigen zu diskreditieren, die sich stark machen für die Schwächsten in dieser Gesellschaft. Mit dem heißen Herbst haben wir dazu beigetragen, dass sich die Bundesregierung gezwungen gesehen hat, politische Fehler zu korrigieren - die unsoziale Gasumlage ist weg, es werden Preisbremsen eingeführt. Die sind nicht so gestaltet, wie wir uns das gewünscht haben. Aber: Wir waren die erste politische Partei, die diese Forderungen überhaupt in die Debatte eingebracht hat. Darauf können wir stolz sein und diesen Stolz bitte ich euch, euch von niemandem nehmen zu lassen. Jetzt will die Ampel, trotz dieses Finanzministers Christian Lindner, der ja permanent auf der Schuldenbremse steht, sich sogar zu einer „Übergewinnsteuer light“ quälen. Auch das ist nicht das, was wir uns vorgestellt haben. Aber wieder muss die Bundesregierung eine Forderung übernehmen, die zuerst von der Linken erhoben worden ist. Also lasst uns weiter Druck für eine gerechte Verteilung der Krisen-lasten machen, damit Konzerne und Superreiche ihren gerechten Anteil tragen. Unsere Botschaft an die Menschen in diesem Land ist klar: Wir werden alles dafür tun, dass niemand in diesem Land einen kalten Winter erlebt, sondern dass alle einen solidarischen und friedlichen Winter erleben. Dafür werden wir gebraucht!

Markus Pohle – Mitglied des LV: Der Neoliberalismus ist am Ende

Auszug aus Rede zur Einbringung des Leitantrages des Landesvorstandes

Wir leben in einer zweiten, wenig beachteten Zeitenwende. Der Neoliberalismus ist endgültig am Ende. In England, dem Mutterland des Kapitalismus, stürzt das Finanzkapital eine Premierministerin, weil sie ihnen zu viele Steuern erlassen will. In den USA werden schwindelerregende Summen in eine stellenweise noch ungewisse Zukunft investiert. In Europa wird gerade flächendeckend über staatliche Preiskontrollen diskutiert. Kurz zur Erinnerung: Es ist noch keine drei Jahre her, das der Internationale Währungsfonds und die Weltbank durch die Entwicklungsländer getingelt sind und reihenweise Regierungen erpresst haben, ihre Preiskontrollen aufzugeben, sonst gibt's keine Kredite. Nach 40 Jahren Propagandaherrschaft des freien Marktes stehen plötzlich abends bei „Lanz“ die Sicherheitsexperten auf der Matte und erzählen Horrormärchen über ausländische Eigentümerschaft von Infrastruktur – obwohl wir genau das gleiche über Jahrzehnte in jedem Land der sogenannten „Dritten Welt“ getan haben, was nicht bei drei auf dem Baum war. Wir haben mit Klima, Krieg und Armut eine multiple Krise. Auf keine der aktuellen Herausforderungen haben die Apologeten der Märkte irgendeine vernünftige Antwort. Das merkt man mittlerweile auch in Brüssel und Berlin. Und was passiert jetzt? Die Politik holt alles, was neoliberale Ökonomie über Jahre im „sozialistischen Giftschränk“ weggeschlossen hatten, wieder raus: Eingriffe in den Markt, öffentliche Daseinsvorsorge, Verstaatlichung kritischer Infrastruktur, öffentliche Investitionen. Märkte fallen nicht vom Himmel – sie werden gemacht. Genau wie eine Autobahn Leitplanken braucht, brauchen Märkte Regeln.

Fraktion Die LINKE im Kreistag:

Seite:8/10

Positionierung des Kreistages Görlitz für eine Reform der Pflegekostenfinanzierung

Auf Initiative der LINKEN wurde ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen durch den Kreistag beschlossen. Dieser lautete:

Der Landkreis Görlitz und seine Bewohner sind aufgrund sozialstruktureller und demografischer Rahmenbedingungen und einer historisch gewachsenen hohen Dichte von Pflegeeinrichtungen noch stärker als manche anderen Landkreise oder kreisfreien Städte mit der Herausforderung stetig steigender Pflegekosten konfrontiert.

Dabei ist es im Sinne einer qualitativ und quantitativ gesicherten und angemessenen Pflege unausweichlich, dass sich Personalkosten und weitere Betriebskosten stetig erhöhen werden. Dies gilt insbesondere auch für die Energiekosten. Die Mitglieder des Kreistages bekennen sich ausdrücklich zu ihrer Verpflichtung, unsere pflegebedürftigen Mitbürgerinnen und Mitbürger bestmöglich im Sinne kommunaler Daseinsvorsorge zu unterstützen.

Was die nach den Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität zu leistenden Eigenanteile der Pflegebedürftigen und des Landkreises angeht, stellen wir in großer Sorge eine wachsende finanzielle Überforderung fest. Die finanzielle Überforderung des Landkreises lässt sich nicht auf seine angehörig Städte und Gemeinden abwälzen. Eine höhere finanzielle Inanspruchnahme der Pflegebedürftigen erscheint uns in der absoluten Breite als unzumutbar.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip folgt daraus eine Übernahmeverpflichtung der übergeordneten Ebenen unseres Staates, also durch Land und Bund.

Abfallgebührensatzung gegen die Stimmen der LINKEN beschlossen

„Müll einsammeln im Landkreis Görlitz wird teurer. 4,80 Euro Festgebühr pro Jahr mehr soll jeder Einwohner zahlen. Die anderen Gebührenposten bleiben konstant.“ so eine Tageszeitung im Vorfeld des Kreistages. Unsere Kreisrätin Sabine Kunze, welche sich seit Jahren intensiv mit der Thematik beschäftigt, begründete die Ablehnung unserer Fraktion folgendermaßen:

Jeden Tag findet man im Internet gute Ratschläge, wie man angesichts der überall steigenden Preise für Strom, Gas und Lebensmittel sparen könnte. Tipps zum Sparen von Abfall habe ich noch keine gelesen und angesichts der geplanten Erhöhung der Festgebühren würde das auch niemandem helfen, denn die Festgebühren kann niemand durch Sparen beeinflussen.

Die Erhöhung der Festgebühr für Haushalte von 19,20 Euro auf 24,00 Euro pro Person hört sich nicht viel an, es sind aber 25%. Schaut man auf die Einzelpositionen, so steigen die Kosten für Sammlung, Transport und Beseitigung um 8%, für die zentrale Verwaltung um 16% und dann schlagen noch periodenfremde Kosten, sprich der Ausgleich von Unterdeckungen aus den Vorjahren, mit 124% zu Buche. Insgesamt im Schnitt eine Erhöhung um 11%. Warum dann also eine Anhebung der Festgebühr für Haushalte um 25%? Für mich nicht nachzuvollziehen ist auch der Anstieg bei den zentralen Kosten um ganze 246.633 Euro zur Vorperiode. Die Öffentlichkeitsarbeit soll z. B. von 95.000 Euro auf 150.600 Euro steigen. Warum bekomme ich in Rothenburg einen Abfallkalender, in dem die Termine für Weißwasser, Görlitz und Zittau stehen? Die Termine für Rothenburg würden mir reichen und das Heft könnte viel dünner sein. Das spart Kosten. Oder sollen die Abfallkalender jetzt mit Golddruck versehen werden? Auch 74.000 Euro für Rechtskosten sind ein großer Brocken.

Nicht zu vergessen, dass trotz leicht steigender Abfallmengen auch immer noch 130.920 Euro Mindermengenumlage für nicht erfüllte Mengen an den RAVON als Folge des 2005 geschlossenen Entsorgungsvertrages zu zahlen sind. Das ist Nachhaltigkeit – im negativen Sinne.

Zeit für ein linkes Energiewendeprogramm

Seite:9/10

Im August dieses Jahres erhielten Gaskunden der SachsenEnergie AG die Information, dass ab 1. Oktober die Preise für Gas um 3,63 Cent/kWh auf nun 18,52 Cent/kWh steigen werden. Begründung: Reduzierung der Gaslieferungen von russischen Lieferanten, Befüllung der Gasspeicher und die umstrittene Gasbeschaffungsumlage. Davor gab es bereits eine Preisanhebung zum 1. Februar 2022 um 5,39 Cent/kWh, weil sich die Einkaufspreise auf dem Weltmarkt verfünffacht hatten. Am 1. Februar gab es aber noch keinen Krieg in der Ukraine und Russland lieferte wie bisher Gas. Und davor gab es eine Preisanhebung von 1,43 Cent/kWh, weil die Situation auf dem Energiemarkt hier schon „außergewöhnlich“ war. Gestartet war meine Gaslieferung Ende 2018 mit einem Preis von 6,79 Cent/kWh. Das ist in kurzer Zeit eine Anhebung auf 272%, die nur im letzten Schritt auf den Ukrainekrieg zurückzuführen ist. Es zeigt die Spekulation auf den Energiemärkten und wie falsch die Kopplung der Energiepreise an die Börse ist. Völlig zu Recht fordert die LINKE eine Abfederung der hohen Preise, die ansonsten noch mehr Menschen in die Armut treiben und zu sozialen Verwerfungen führen würden. Auch die Abschöpfung von Übergewinnen der Energiekonzerne, die mit der misslichen Situation ihren Reibach machen, ist eine richtige Forderung. Aber ich finde, das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere ist die Frage: wie können wir die Energielücke schließen, die ja nun einmal da ist? Jetzt wird schmerzhaft sichtbar, dass unsere Abhängigkeit von fossilen Energien, vor allem vom billigen russischen Gas, uns in diese Lage gebracht hat, aber ein Baustein unseres Lebensstandards war. Seit Jahren stockt der Ausbau der erneuerbaren Energien, das eigentlich fortschrittliche Erneuerbare-Energien-Gesetz wurde abgewürgt. Photovoltaik- und Windkraftherstellung wurden vernichtet und ins Ausland verlagert, der Ausbau hängt hinter den selbst gesteckten Zielen der Energiewende hinterher. Und was macht die LINKE? Jetzt wäre es Zeit, ein Energieprogramm zum schnellstmöglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien mit sozialer Abfederung auf den Tisch zu legen. Während selbst die Grünen nach Verlängerung der Atomlaufzeiten sowie der Braunkohlekraftwerke rufen, bei Diktaturen Gas und Öl einkaufen und damit ihre letzten Ideale opfern, könnte die Stunde eines linken Energiewendeprogramms schlagen. In Sachsen haben wir bereits 2010 ein Energiepolitisches Programm beschlossen - mit heute noch aktuellen Forderungen. Aber es ist folgenlos in der Versenkung verschwunden. Schade.

Sabine Kunze (03.10.2022)

Neues Angebot der Linken in Weißwasser: SOZIALBERATUNG

Seit Ende Oktober 2022 können alle die Hilfe benötigen, egal ob Parteimitglied oder nicht, in der „Roten Rosa“ (Bürgerbüro DIE LINKE Weißwasser) zu den Sprechzeiten OHNE Termin zur Sozialberatung kommen. Sei es ein Amtsschreiben, das ihr nicht versteht, oder ein Brief mit einer Mieterhöhung wegen gestiegener Heizkosten: **Wer Rat sucht, findet Hilfe bei uns!**

Zu den Sprechzeiten:

- dienstags von 12 bis 18 Uhr
- mittwochs von 10 bis 17 Uhr

könnt ihr in der Rosa-Luxemburg-Straße 17 in Weißwasser in Ruhe bei einem heißen Tee oder Kaffee eure Probleme schildern. Falls es schnell gehen muss und für die, die nicht in Weißwasser wohnen, kann auch unter der Telefonnummer: 03576 / 216 28 93 das Anliegen besprochen werden.

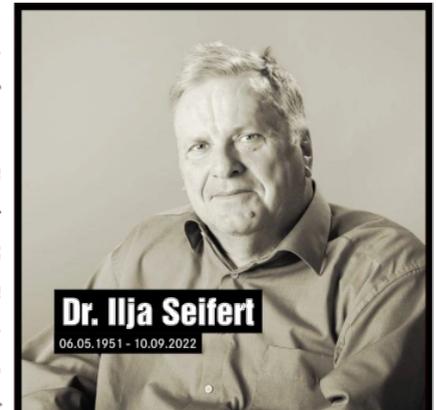
Per E-Mail ist das Angebot erreichbar unter: sozialberatung-weisswasser@dielinke-goerlitz.de "

„Ich bin nicht behindert. Ich werde behindert.“ Ilja Seifert – Ein Nachruf

Ilja denk ich immer in Versen. Sofort streut mein Gedächtnis einige seiner eindrücklichsten Gedichtzeilen hin. Von den Alpen, die nicht für ihn gefaltet sind und Bergen, die dem Rollstuhl den Weg verweigern und die er doch bezwungen hat. Oder von dem Wortspiel über die Zitronen faltenden Zitronenfalter oder von der Forderung nach Sonderregelungen für alle, weil es nichts Besonderes ist, etwas Besonderes zu sein. Denn die Lyrik war ihm, dem promovierten Germanisten, die eigentliche Passion, noch vor der Politik. Er hat stets beide Lebensinhalte miteinander verflochten. Regelmäßig endeten seine monatlichen Wahlkreistouren im Landkreis Görlitz irgendwo mit einer Lesung und da lauschte ich dann, schon etwas abgespannt von einer anspruchsvollen Termin-zu-Termin-Hatz, seinen poetischen Lebensansichten. Ilja selbst gestattete sich derweil keinen Anflug von Müdigkeit, schon gar nicht mit Verweis auf sein Handicap. 'Ich bin nicht behindert, ich werde behindert.' – Das war ihm Lebensmotto und Auftrag, seine Position als Abgeordneter des Bundestages zu nutzen, so viele Barrieren wie möglich niederzureißen – ideell in den Köpfen und Herzen der Menschen und politisch in der Gesellschaft. Aber es ging ihm auch ganz praktisch um ein gutes Leben von Betroffenen und Nichtbetroffenen: Er kämpfte unermüdlich für abgesenkte Straßenborde, Niederflurbusse oder blindengerechte Lichtsignalanlagen. Wenn man sich heute in unseren Städten umschaute, sieht man, dass jedenfalls dieser Kampf einiges bewirkt hat. Selbst seine Idee von einem barrierefreien Tourismus in der Oberlausitz wird fortgedacht, auch wenn es an einem flächendeckenden Konzept dafür immer noch fehlt. Ilja hat einiges ins Rollen gebracht. Lyrik und Politik verbinden zu wollen, ist zu jeder Zeit ein ziemlich optimistisches Unterfangen, denn der politische Raum scheint mir viel zu laut, als dass sich die leisen Töne der Lyrik Gehör verschaffen könnten.

Gerade jetzt, wo in Europa bellizistisches Pathos jede Stimme der Vernunft gnadenlos niederbrüllt, täte Besinnung Not. Ilja selbst bekennt sich zu diesem vermeintlichen Widerspruch im Geleit für eines seiner letzten Gedichtbüchlein aus dem Jahr 2017: „Die Welt taumelt zwischen mehreren Abgründen. Und ich schreibe Gedichte. Kriege terrorisieren Menschen. Ich liebe die Liebe. Smog erhitzt die Erde. Und ich finde wärmende Wort. (...) Ja, Ich will mir nicht die Muße rauben lassen. Ja. Ich will uns Alternativen zur Alltagshektik anbieten.“ Also lese ich Iljas Gedichte noch einmal und entdecke sie neu.

Kathrin Kagelmann, Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro von Dr. Ilja Seifert in Görlitz von 1998 – 2002



Patriotismus (2005)

Es gab Zeiten,
da ich nicht verstand,
daß jemand nicht für mein Land
leben wollte.
Es war doch mein Land.

Es gab Zeiten,
da ich nicht verstand,
daß jemand für mein Land
sterben wollte.
Es war doch dieses Land.

Jetzt sind Zeiten,
da ich nicht verstehe,
daß jemand in einem
bestimmten Lande
leben will.
Und nicht lieber bei Menschen.